

## Was sagt der neue „Truppenvertrag“? Mitteldeutschland — Militärstützpunkt gegen Ost und West

Die SED-Regierung hat in der vergangenen Woche einen Vertrag über die „zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte in der DDR“ unterzeichnet. Seither steht dieser sogenannte „Truppenvertrag“ im Mittelpunkt fachmännischer Diskussionen. Seine Klauseln sind eine infame Mischung aus Besatzungsrecht und Souveränitäts-Heuchelei. Der ganze Vertrag ist eine Drohung nach innen — gegen mögliche Volksaufstände — und nach außen, gegen den Westen und — Polen! Nicht ohne Grund wurde der Vertrag zu einem Zeitpunkt abgeschlossen, zu dem sich Polen um Kontakte mit dem Westen bemüht. Die Sowjettruppen in der Zone stehen Gewehr bei Fuß: Gegen den Westen und mit Schußfeld ins eigene Lager!

Erinnern wir uns: Eine der ersten Forderungen des polnischen Volkes an Gomulka war der Abschluß eines Truppenvertrages mit den Sowjets auf der Basis nationaler Unabhängigkeit. Gomulka schloß einen Vertrag ab, der mit jenem der Sowjetzone in keinem Atemzug zu nennen ist. Daß er nicht noch günstiger ausgefallen ist, lag an der unglücklichen Situation Polens, das seine Ostgebiete an die Sowjets verlor und im Hinblick auf die annektierten deutschen Gebiete auch sowjetische Garantien in Hinterhand wissen will. Als die Sowjets zeitweilig aus Ungarn abrücken mußten — wir wissen heute, daß es ein Scheinmanöver — wurde auch hier die Frage eines neuen Truppenvertrages aufgeworfen. Die Regierung Kadar vermachte ihn hinauszuögern, aber eines steht fest: Nicht einmal Kadar dürfte heute einen derartigen Vertrag unterzeichnen wie Ulbricht und sein Politbüro! Denn — was sagt der neue sowjetzonale Truppenvertrag?

### Auf unbegrenzte Zeit

Er gestattet der Sowjetarmee die unbegrenzte Nutzung sowjetzonalen Territoriums für militärische und strategische Zwecke auf unbegrenzte Zeit. In Artikel 1 heißt es, die Souveränität der „DDR“ werde dadurch nicht beeinträchtigt, da

sich die Sowjettruppen nicht in die inneren Angelegenheiten und „in das gesellschaftspolitische Leben“ des Landes einmischen werden. Demgegenüber sagt Artikel 18: „Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der DDR stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte bei entsprechender Konsultation der Regierung der DDR ... Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen“. Das heißt: Artikel 1 wird durch Artikel 18 wieder aufgehoben, denn im Falle der geringsten Änderung der politischen Lage im Innern, und sei es durch einen Verkehrsstreik, ist „die Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte bedroht“. In Polen haben Beamte der Geheimpolizei während disziplinierter Demonstrationen der Bevölkerung Steine in sowjetische Amtsbäude geworfen, um Sowjetpanzer zum Eingreifen zu zwingen. Würde es in der Zone anders sein?

### Keine Rechtsgrundlage

Die Rechtsklauseln dieses Truppenvertrages sind ein Meisterstück kommunistischen Advokatenums. Die Sowjetsoldaten unterstehen, wenn sie strafbare Handlungen gegen Deutsche begehen, deutscher Gerichtsbarkeit. Aber alle Ausnah-

men werden „wohlwollend berücksichtigt“. Kein sowjetzonales Gericht würde einen Sowjetsoldaten auch nur als Tatzeugen zu laden wagen, keine Justizinstanz der Zone würde auf die Bestrafung eines Sowjetsoldaten nach deutschem Recht durch ein Militärgericht dringen.

Alle Klauseln, die die Zustimmung der Zonenregierung für die Anlage militärischer Objekte, Flugplätze, Befestigungen usw. durch Sowjettruppen betreffen, sind rein formaler Natur. Die Sowjets sind in der Zone eine nunmehr vertraglich akkreditierte Besatzungsmacht, die „alle Maßnahmen“ treffen und ergreifen kann, die sie „für den Schutz ihrer Interessen“ als erforderlich ansieht. Es gibt auch keine Klausel, die die Stärke und die strukturelle Verteilung der Sowjettruppen in Mitteldeutschland regelt. Die Bezahlung öffentlicher Dienstleistungen wird durch unbekannte Sonderabkommen geregelt, es gibt keinen Passus, aus dem man ersieht, wie weit die Besatzung ernährungsmäßig vom kargen Tisch der Zone mitverpflegt werden muß. Es gibt keine Klärung in der Frage der sowjetischen Truppenführungsoffiziere in den Reihen der „Nationalen Volksarmee“, keine Erwähnung des immerhin wichtigen Warschauer Militärabkommens und den diesbezüglichen Status der in der Zone stationierten Sowjettruppen.

So gesehen, hätten sich beide Teile einen „Truppenvertrag“ sparen können, Oder denken die Russen weiter? An eine Entwicklung der gesamtdeutschen Situation, angesichts deren es besser ist, mit einem noch existierenden Ulbricht-Regime billige Verträge abzuschließen?

## Für und wider den Gemeinsamen Markt

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Der Vertrag über den Gemeinsamen Markt ist fertig. Am 25. März soll die Unterzeichnung in Rom stattfinden. Auch soll es in der Bundesrepublik dabei bleiben, daß die Ratifizierung noch in dieser Legislaturperiode erfolgt. Fraglich ist aber, ob auch die anderen Parlamente sich ebenso beeilen werden. Die Widerstände in Frankreich sind nach wir vor nicht gering, und neuerdings mehren sich die Einwände in Belgien und Holland. Deshalb muß man abwarten, ob es, wie in Aussicht genommen, möglich sein wird, den Gemeinsamen Markt am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft zu setzen.

Die Hauptbedenken gegen den Gemeinsamen Markt sind in allen Ländern nahezu die gleichen. Jedes Land macht seine eigene nationale Rechnung auf. Dabei herrscht weitgehende Übereinstimmung, daß Frankreich zumindest in der nächsten Zeit die meisten Vorteile einheimst. Frankreichs Wirtschaft ist durch den überbewerteten Franc gegenüber ungehemmter ausländischer Konkurrenz im eigenen Lande sehr schwach. Es erhebt sich die Frage, ob und wie die französische Wirtschaft diese Konkurrenz ertragen soll. Sie kann es, zumindest in der Anfangszeit, nur, wenn ihr gewisse Schutzklauseln eingeräumt werden. Die Regierungschefs haben sich zu diesem Entgegenkommen entschlossen, weil sie die politischen Gesichtspunkte als zwingend ansehen. Die wirtschaftlichen Einwände sind durch diese Entscheidung natürlich nicht widerlegt.

Ähnliches gilt für die überseeischen Gebiete. Falsch ist freilich die Annahme, daß allein die Bundesrepublik zugunsten Frankreichs zahlen muß. Frankreich erhält aus dem Investitionsfonds zwar den größten An-

teil, weil seine überseeischen Gebiete mit Abstand die größten sind; aber auch Belgien und Holland zahlen in den Fonds mehr hinein, als sie herausbekommen, Luxemburg zahlt je Einwohner genausoviel wie die Bundesrepublik.

Die französische Gegenrechnung sieht anders aus. Offensichtlich leben viele Franzosen unter dem Alldruck, daß ihre Wirtschaft im Gemeinsamen Markt gegen die ausländische, insbesondere gegen die deutsche Konkurrenz immer mühseliger wird ankämpfen müssen. Nach dem Urteil der derzeitigen Opposition in Frankreich findet überhaupt ein regelrechter Ausverkauf der französischen Wirtschaft zugunsten der übrigen Länder, wiederum: in erster Linie Deutschlands, statt. Vor allem aber reißen sich die Franzosen nur schwer den Gedanken vom Herzen, daß ihre überseeischen Gebiete den übrigen Ländern (und wieder denken sie dabei in erster Linie an die Deutschen) ohne jedes Hemmnis geöffnet werden. Der freie Zugang zu diesen Märkten und das freie Niederlassungsrecht in diesen Gebieten ist in französischen Augen ein Opfer von geradezu ungeheuerlichem Ausmaß.

Ein anderer umstrittener Punkt sind die Außenzölle. Die deutschen Kritiker wenden ein, daß der Außenzolltarif des Marktes höher sein wird als die gegenwärtigen Zölle der Bundesrepublik; denn er wird aus dem arithmetischen Mittel errechnet. Das sei das genaue Gegenteil der Zollpolitik, die bisher von der Bundesregierung verfolgt worden ist. Dagegen wird freilich geltend gemacht, daß die Zölle innerhalb des Gemeinsamen Marktes nach und nach gänzlich beseitigt werden, dazu die mengenmäßigen Beschränkungen, ferner, daß bei Zustandekommen der Freihandelszone die Zollfreiheit sich auch auf zahlreiche andere Länder erstrecken wird. Das Gesamtzollniveau der Bundesrepublik wird demnach gewiß mehr und mehr zusammenschmelzen.

Wenig stichhaltig ist das Argument der radikalen Liberalen, die Errichtung der Zollunion bedeute eine Abkapselung

der sechs Länder gegenüber ihrer Umwelt. Dies stimmt insofern nicht, als die Länder des Gemeinsamen Marktes bereit sind, mit anderen Ländern eine Freihandelszone zu errichten. Darüber hinaus aber wird der Außenzolltarif als Durchschnitt aller gegenwärtigen Zölle die sechs Länder nicht mehr abkapseln als bisher.

Der kritischste Punkt des Vertrages ist nach Auffassung seiner Gegner die Währungsfrage, weil eigentlich vorher eine Abwertung des französischen Franc hätte stattfinden müssen. Man ist besorgt, die Währungen der übrigen Länder in den Sog der französischen Inflation hineingezogen werden könnten. Der Horror vor einer Währungsabwertung ist naturgemäß in Frankreich groß. Sicher würden dies die Franzosen als ein ganz besonderes Opfer auf dem Altar des Gemeinsamen Marktes bezeichnen, während die anderen sagen würden, sie hätten die französischen Finanzen saniert.

Diese Problematik war auch in Brüssel gegenwärtig. Darum hat man versucht, alle denkbaren Sicherungen einzubauen, damit die Wirtschaftspolitik eines Landes nicht seine Zahlungsbilanz und seine Währung gefährdet. Der Vertrag gibt nicht nur den Mitgliedsstaaten, sondern auch den Organen des Gemeinsamen Marktes das Recht, einzugreifen, falls es auf diesem Gebiet zu Fehlentwicklungen kommt.

Es hat den Anschein, daß die politische Entscheidung in Bundesrepublik zugunsten Gemeinsamen Marktes bereits gefallen ist. Allerdings hat die SPD bis jetzt offengelassen, ob ihr die Art, wie die Einbeziehung der überseeischen Gebiete erfolgt, ermöglichen wird, endgültig zuzustimmen. Außerdem sind die SPD und die Gewerkschaften wenig befriedigt darüber, daß die Organe des Gemeinsamen Marktes, vor allem die Europäische Kommission, verhältnismäßig wenig Vollmachten erhalten. Ihr wären starke zentralistische Organe lieber. Der Kampf um den Gemeinsamen Markt wird daher sicher auch im kommenden Wahlkampf eine Rolle spielen,

## Ernste Warnung aus Goslar

### Wachsende Gefahr der Spaltung — Kaiser vor der Exil-CDU

DT. Goslar (Eigenbericht). In Goslar, auf dem Parteitag der Exil-CDU, warnte Bundesminister Jakob Kaiser nachdrücklich davor, die Politik um die deutsche Wiedervereinigung allzu sehr in den Schatten der Bundeswahlen geraten zu lassen. Das sei leider schon bisher nicht ganz vermieden worden, sowohl im Streit unserer Parteien als auch im Bereich der Weltpolitik. Schon aus diesem Grunde äußerte der Minister den Wunsch, daß der Wahltermin so früh wie möglich angesetzt werde.

Die Exil-CDU, die ihre Jahrestagung wiederum dicht an der Zonengrenze abhielt, hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die Stimme der Zone in Deutschland zu sein. Ihre Mitglieder sind zum größten Teile frühere, noch frei gewählte Amtsträger der legalen CDU der Zone und haben wegen ihrer politischen Haltung die Heimat verlassen müssen. An der Goslarer Tagung nahmen auch politische Häftlinge teil, die in den letzten Monaten nach teilweise mehr als zehnjähriger Freiheitsberaubung entlassen worden sind, und die nun in der Exil-CDU ihre politische Arbeit fortsetzen. Ihre Sprecher haben in eindrucksvollen Worten daran erinnert, daß noch viele ihrer Leidensgefährten auf die Freiheit warten und daß alles geschehen müsse, um auch für sie die Kerkertore zu öffnen. Der besondere Charakter der Schicksalsgemeinschaft, die die Mitglieder der Exil-CDU verbindet, hat die natürliche Folge, daß diese politische Gruppe im Blick auf die Zone die Arbeit für die Wiedervereinigung Deutschlands als ihre besondere Aufgabe betrachtet. Die Diskussionen in Goslar gingen um dieses Problem und um die Notwendigkeit, die menschlichen Verbindungen zur mitteldeutschen Bevölkerung zu intensivieren und die Wirklichkeit ihres Lebens und des kommunistischen Regimes überhaupt möglichst sichtbar zu machen.

In diesem Zusammenhang wies Jakob Kaiser mit großem Ernst auf die Tatsache hin, daß die Teilung Deutschlands einer der neuralgischen Punkte sei, aus dem Unheil entstehen könne, wenn er nicht beseitigt werde. „Wir sind deshalb nicht für eine Beschwichtigungspolitik dem Ausland gegenüber. Wir sind es unserem Volke wie der Welt schuldig, immer wieder auf diese Gefahren hinzuweisen,

Denn wir wissen, daß die menschlichen, die kulturellen, die politischen und wirtschaftlichen Lebensumstände in der Zone so bedrückend sind, daß sie eine ständige Explosionsgefahr in sich schließen ... Ich sage das nicht, um Gefahren an die Wand zu malen. Ich sage das im Bewußtsein, daß man stets der Unberechenbarkeit eingedenk bleiben muß, die über einem unterdrückten Volk liegt.“

In einem eingehenden Referat zum Stand der Wiedervereinigungspolitik erklärte der Geschäftsführende Vorsitzende der Exil-CDU, Dr. J. E. Gradl, daß es genügend wichtige Gründe gebe, um die Sowjets schließlich doch zu einer radikalen Überprüfung ihrer Deutschlandpolitik zu bewegen:

„1. Die Sowjets können auf die Dauer nicht der Frage ausweichen, ob für sie die Zuneigung von einigen Zehntausend Funktionären der Sowjetzone die Abneigung und Unruhe und den wachsenden Groll von 70 Millionen Deutschen auszugleichen vermag.

2. Wenn es richtig ist, daß die Sowjetunion genauso wie die andere Welt den dritten Weltkrieg vermeiden will, dann können die Sowjets — zumal nach dem ungarischen Erlebnis — die akute Gefahr der deutschen Spaltung für den Frieden nicht mehr übersehen.

3. Das heutige Mitteldeutschland bleibt für die Sowjetpolitik eine ständige und kostspielige Belastung wegen des inneren Widerstandes der Bevölkerung. Mitteldeutschland ist für die Sowjets unverdaulich.“

Im Hinblick auf die von der Spaltung Deutschlands ausgehende Unruhe und Spannung erklärte der Redner: „Wir können unsere Menschen in der Zone nur anfechten, nicht die Geduld zu verlieren. Aber die

Welt, nicht nur die Sowjets, sondern die ganze Welt, müssen wir mit aller Eindringlichkeit auf diese Gefahr hinweisen.“

Bundespostminister Lemmer erklärte unter lebhaftem Beifall, daß die Freiheit Westdeutschlands vor allem deshalb bewahrt werden konnte, weil der politische Widerstand in Mitteldeutschland und in Berlin den Westen vor der östlichen Überflutung bewahrt habe. Die Frage der Wiedervereinigung lasse sich nicht mehr von der Tagesordnung der Weltpolitik absetzen. Die Zeit arbeite hier nicht mehr gegen, sondern für uns.

Auf der am Montag folgenden Arbeitssitzung des Parteitages behandelten der frühere Wirtschaftsminister von Mecklenburg, Dr. Witte, Prof. Dr. Gerhard Möbus und Diplom-Volkswirt Meier die Gefahr der kommunistischen Infiltration. Fragen der sowjetzonalen Kulturpolitik und der Planwirtschaft Pankows.

Abschließend wurde der legale Hauptvorstand einstimmig bestätigt bzw. gewählt. Er setzt sich folgendermaßen zusammen: Jakob Kaiser 1, Vorsitzender, Ernst Lemmer 2, Vorsitzender, Dr. J. E. Gradl Geschäftsführender Vorsitzender, Dr. Heinrich Krone MdB, Professor Dr. Friedensburg, Georg Schneider MdB. Als Sprecher der Landsmannschaften, der Frauen- und der Jungen Union gehören dem legalen Hauptvorstand an: Werner Jöhren, Dr. Karlheinz Kaltenborn, Mecklenburg; Willi Heller, Germanus Theiß, Brandenburg; Gotthard Thümer, Ernst Günther Hass, Sachsen; Anton Müller MdB, Dr. Fritz Zöffel, Sachsen-Anhalt; Georg Grosse, Hans-Joachim Schwarze, Thüringen; Hedwig Matuschek, Frieda Laupitz für die Frauen und Willi Österlein, Hans-Ulrich Korenke für die Junge Union.

### Neuer Botschafter beim Vatikan

Bonn (KNA). Der Vatikan hat, wie das Auswärtige Amt bekanntgab, dem Vortragenden Legationsrat Dr. Rudolf Graf Strachwitz das Agrément als Nachfolger des am 15. Mai in den Ruhestand tretenden Botschafters beim Heiligen Stuhl, Wolfgang Jänicke, erteilt.

## Sowjets lenken ein

### Neuer Abrüstungsvorschlag — Erörterung westlicher Pläne

London (AP). Die Sowjetunion hat in der Eröffnungssitzung der Londoner Abrüstungskonferenz einen Plan vorgelegt, der eine allgemeine Abrüstung auf dem Gebiet der konventionellen und Atomwaffen bis zum Ende des Jahres 1959 vorsieht.

Der Plan, der von dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Sorin den westlichen Vertretern im Unterausschuß der UN für Abrüstungsfragen unterbreitet wurde, enthält zum erstenmal das sowjetische Einverständnis mit der Einbeziehung von Raketenwaffen in die allgemeinen Abrüstungsvereinbarungen sowie gewisse Andeutungen, möglicherweise das Gebiet beiderseits der ost-westlichen Trennungslinie in Europa zu erweitern, das der gegenseitigen Luftinspektion unterliegen soll.

Als bedeutsam ist ferner der sowjetische Vorschlag anzusehen, den Beratungen über eine Herabsetzung der Truppenstärke einen amerikanischen Plan zugrunde zu legen, wonach die Streitkräfte der USA und der Sowjetunion auf je 2,5 Millionen Mann und die Großbri-

tanniens und Frankreichs auf je 750 000 Mann vermindert werden sollen.

Aus Kreisen der Konferenzteilnehmer verläutet, daß in dem sowjetischen Plan zum erstenmal auch keine Propaganda-Angriffe gegen den Westen enthalten sind, die bei früheren Abrüstungskonferenzen eine Verständigung zwischen Ost und West erschwert haben. Dem Unterausschuß gehören Vertreter der USA, der Sowjetunion, Kanadas, Großbritanniens und Frankreichs an.

Der Ausschuß, dem insgesamt zwölf Abrüstungsvorschläge vorliegen, wird sich auf Empfehlung des amerikanischen Delegierten Stassen zunächst mit den technischen Einzelheiten einer Rüstungsbegrenzung befassen. Die Beratungen werden voraussichtlich etwa fünf Wochen dauern.

## 50 km/st in Ortschaften

### Bundestag für Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung

Bonn (Eigenmeldung). Vom 1. Mai an soll die Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge aller Art innerhalb geschlossener Ortschaften auf 50 km/st beschränkt sein, soweit

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Re g n i

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, 11

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## 50 km/st in Ortschaften

### Bundestag für Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung

die Straßenverkehrsbehörden nicht für einzelne Straßen eine höhere oder niedrigere Geschwindigkeit zulassen. Diese Bestimmung ist in einem Gesetz enthalten, dem der Bundestag zugestimmt hat.

Außerhalb geschlossener Ortschaften sollen Personenkraftwagen, Kombiwagen und Motorräder wie bisher keiner Geschwindigkeitsbegrenzung unterliegen. Für Personenkraftwagen mit Anhängern, Kombiwagen mit Anhängern, Lastwagen, Omnibusse mit Gepäckanhängern und für Sattelkraftfahrzeuge wird außerhalb von Ortschaften eine Höchstgeschwindigkeit von 80 km/st festgelegt, für Omnibusse mit sonstigen Anhängern sowie für andere Fahrzeuge mit Anhängern eine Höchstgeschwindigkeit von 60 km/st. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Bundesrats.

Ein Vorschlag des Bundesverkehrsministers, daß die Bundesregierung die Ermächtigung erhalten sollte, Rechtsordnungen über Höchstgeschwindigkeiten auf Straßen zu erlassen, wurde vom Bundestag fast einmütig abgelehnt.

## Aktion Erhards gegen höhere Preise

### Erste Erfolge zeichnen sich ab

Bonn (Eigenmeldung). Die ersten Erfolge einer neuen Aktion des Bundeswirtschaftsministers zur Stabilisierung der Preise beginnen sich jetzt abzuzeichnen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich die Markenartikelindustrie in einer Art „Stillhalte-Abkommen“ verpflichtet wird, ihre jetzigen Preise innerhalb des nächsten Jahres nicht zu verändern.

In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß es zur Zeit rund 850 Markenartikel in der Bundesrepublik gibt. Die Liste reicht von der Zahnpastatube bis zum Mercedes 300. Gerade die ungeheuer weite Streuung der Markenartikel auf allen Gebieten des täglichen Bedarfs würde einem Stillhalteabkommen der Markenartikelindustrie mit der Regierung eine große Bedeutung geben. Prof. Erhard will, wenn er diesen Erfolg er-

zielt, auch mit anderen Industriezweigen verhandeln. Er kann darauf hinweisen, daß ein großer Bereich der Wirtschaft für die nächste Zeit auf jede Preiserhöhung verzichten will. Dieses Argument könnte auch gegenüber den Gewerkschaften eine große Rolle spielen, die bereits angekündigt haben, daß sie auf weitere Preiserhöhungen mit neuen Lohnforderungen antworten wollen.

Für die Markenartikelindustrie liegt möglicherweise ein gewisser Anreiz in der Tatsache, daß sich der gesamte Industriezweig auf diese Weise als ein stabilisierender Faktor ausweisen könnte.

Darüber hinaus wird im Wirtschaftsministerium an einem neuen Zollgesetz gearbeitet, das eine allgemeine Ermäßigung der Einfuhrzölle vorsieht,

So sind sie wirklich:

## Düsenjäger im Musterkatalog

Eine der Hauptpersonen bei der Abfassung des jüngsten Pankower „Truppenvertrages“ war ein 37jähriger ehemaliger FDJ-Funktionär mit den Generalstreifen an der graublauen Hose der Luftstreitkräfte der „Nationalen Volksarmee“: Heinz Keßler, Generalleutnant und Chef der sowjetzonalen Luftwaffe, die in den letzten Monaten wie mit Zauberhand aus dem russischen Himmel gestiegen ist ...

Keßler ist der Prototyp des jungen kommunistischen Generals. Seine Karriere ist beispiellos. Geboren 1920 in Chemnitz, wurde er bereits als Achtjähriger Mitglied des Kommunistischen Pionierverbandes. Der Vater war ein mittlerer KP-Funktionär, die Mutter arbeitete in der „Roten Hilfe“. Während der Nazizeit erlernte Keßler den Beruf eines Maschinenschlossers, die Eltern kamen beide ins KZ.

### Überläufer Nr. 3

1939 wurde Keßler Soldat, machte den Frankreich-Feldzug mit und wurde dann nach Polen kommandiert. Als von Polen her der große Angriff Hitlers auf die Sowjetunion begann, wartete die Moskauer Partei enttäuscht auf das Gros der überlaufenden deutschen Kommunisten. Hatte nun die jahrelange Antisowjetpropaganda gewirkt oder waren die deutschen Kommunisten vielleicht doch etwas besser über die Verhältnisse im Reich Stalins informiert — es kamen nicht mehr als ein halbes Hundert, die gebührend gefeiert wurden. Mit ihnen stärkte die Sowjetpropaganda die Hoffnung auf eine starke — im Rücken der deutschen Truppen operierende — Widerstandsbewegung. Die sie zum Teil selbst an die Gestapo verraten hatte ...

Keßler war der Überläufer Nr. 3. Er kam ins „Nationalkomitee Freies Deutschland“, dozierte in Umschulungslagern für deutsche Offiziere und arbeitete als Rundfunksprecher an der Front. 1945 kehrte er mit der Roten Armee in die Heimat zurück: Im Range eines Unterleutnants der Pioniertruppen,

## HEINZ KESSLER

Keßler half die Jugendausschüsse aufzubauen, aus denen man später die kommunistische Staatsjugend rekrutierte. Im FDJ-Zentralrat spielte er eine entscheidende Rolle bei der Umwandlung des Verbandes in eine uniformierte und militante Organisation.

Im November 1946 wurde Keßler Stadtverordneter der SED für Ostberlin. Es war nach der Wahlperiode. Keßler sollte damals eine Wohnung im Flandernviertel im Prenzlauer Berg bekommen. Er lehnte ab: „Morgen wohnen wir ohnehin in Wannsee! Laßt uns noch ein bißchen warten ...“ 1947 war er Lizenzträger und 1. Vorsitzender der FDJ Berlin, nach dem II. Parlament Pfingsten 1947 wurde er in den Zentralrat gewählt. Als Mitglied der ersten FDJ-Delegation ging er nach Moskau, nach seiner Rückkehr betätigte er sich als Initiator jener beschämenden Tumulte vor dem Ostberliner Stadthaus, die den Auszug der freien Volksvertretung in das Schöneberger Rathaus zur Folge hatten. Keßler führte die Rollkommandos an, die das Stadthaus stürmten und scheute sich nicht, selbst auf politische Gegner einzuschlagen ...

### Die neue „Luftwaffe“

Im Mai 1949 wurde Keßler FDJ-Delegierter zum „Deutschen Volkskongreß“, dem Vorläufer der Zonenregierung. Dann Sekretär des FDJ-Zentralrates für Arbeit und Sozialfragen. Im Dezember 1949 überbrachte er Stalin die Geburtstagsglückwünsche der „deutschen Jugend“. Im Mai 1950 führte er eine FDJ-Delegation zu den Moskauer Feierlichkeiten.

Nur wenige wußten, was Keßler damals abseits seiner Berufung für Besprechungen mit Offizieren der Sowjetarmee führen mußte. Nur — man horchte auf, als er im März 1950 Mitglied des SED-Parteivorstandes und vier Monate später Mitglied des SED-Zentralkomitees wurde, Im Zentral-

rat der FDJ bildete sich zu dieser Zeit eine „Abteilung Segelflug und Modellbau“, die die Kader für eine spätere Luftwaffe zu stellen hatte. Längst war Keßler mit unbekanntem Ziel verschwunden, die Eingeweihten munkelten: „Der wird Fliegergeneral!“ Das war zu Zeiten des sogenannten „Aero-Clubs“, der Tarninstitution für den Aufbau sowjetzonaler Luftstreitkräfte. Man vergesse nicht: 1950 ...!

Wenn man Keßler ein Jahr später ironisch fragte: „Wo hast du denn deine Flugzeuge?“ dann pflegte er lächelnd ein Buch aus der Schublade seines Schreibtisches zu ziehen: „Hier hab ich sie, im Musterkatalog! Da sind sie warm und sicher und rosten nicht!“ Es war das Typenbuch der Sowjetluftwaffe mit dem damals noch bewunderten Düsenjäger MIG 15, den Keßler, wie er vielsagend meinte, „kürzlich in Moskau mal fliegen durfte ...“

### Plötzlich waren sie da ...

Aber noch vergingen einige Jahre, ehe die Kennzeichen sowjetzonaler Luftstreitkräfte an Sowjetflugzeugen prangen durften. Plötzlich aber waren sie da, die Maschinen der „Nationalen Volksarmee“, am Zonen-Himmel. Piloten, jahrelang auf Sowjetflugplätzen geschult und zum Teil in Sowjetuniformen bei der Besatzungsmacht gedient, flogen Düsenjäger und Transporter. Viele hatten noch wenige Jahre zuvor bei der „Abteilung Segelflug und Modellbau“ des FDJ-Zentralrates Modellbogen geklebt.

Heute ist Keßler unbestrittener Chef der Zonenluftwaffe, ein General von Moskaus Gnaden, dem die Sowjets das Kostbarste anvertrauen, was sie auf diesem Sektor besitzen: Düsenjäger modernster Bauart, Radarstationen und — Raketenwaffen für den Luftpfeinsatz. Der „Musterkatalog“ von 1951 ist aufgeklappt: Für jeden sichtbar hängen die Proben am mittel-deutschen Himmel. Und Keßler, der „Grenzgänger“ von 1941, paßt auf, daß keine dieser MIG 15 oder MIG 17 auf die zu weite Reise geht ...

# Polens Kommunisten gegen Ulbricht

## Jungkommunisten fordern Schutz gegen Diffamierungen

Seit Jahresbeginn ist die SED bemüht, die wahren Beziehungen zwischen der Sowjetzonenpartei und den polnischen Kommunisten vor der Bevölkerung geheimzuhalten. Unvergessen sind die schweren Auseinandersetzungen geblieben, die im letzten Oktober die Position Ulbrichts beachtlich gefährdeten und den tiefen Riß aufzeigten, der unsichtbar längs der Oder-Neiße-Linie verläuft. Wer sich darüber näher informieren wollte, mußte eine seltsame Feststellung machen: Polnische Zeitungen sind seit Januar in der Zone Mangelware geworden!

Unter dem Vorwand, die Beziehungszahlen seien stark zurückgegangen, hat der volkseigene Postzeitungsvertrieb teilweise mehr als 70 Prozent der bisherigen Abonnements gekündigt. Verschiedene Zeitungen, die bis zum Herbst an jedem größeren Kiosk erhältlich waren, bekommt man heute nicht einmal mehr auf dem Ostbahnhof oder dem Flugplatz Schönefeld.

## Warum so geheimnisvoll?

Was steht denn nun in diesen Zeitungen geschrieben, daß man sie vor der deutschen Bevölkerung verstecken muß? Erstens: Ein großer Teil der polnischen Presse fordert Ulbricht unverblümt auf, seine gehässigen Ausfälle gegen das „polnische Experiment“ einzustellen. Polen wolle seinen eigenen Weg gehen und — die Sowjetzonenpartei sei selber schuld, wenn sie nach den Lehren des letzten halben Jahres noch einen Ulbricht und „eine ganze Kohorte hartgesottener Stalinisten“ an ihrer Spitze dulde. Der „Sztandar Mlodych“, die polnische „Junge Welt“ etwa, fordert das Parteiorgan „Trybuna Ludu“ auf, Polens Jungkommunisten gegen Angriffe aus der Sowjetzone in Schutz zu nehmen.

Der Harich-Prozeß und seine auffallend antipolnischen Tendenzen haben dazu geführt, daß die polnischen Staatsgewerkschaften und das Warschauer Ministerium für Volksbildung verschiedenen Studienkommissionen von einer Reise durch die Zone abgeraten haben. Eine polnische Schriftstellernachwuchs-Delegation teilte der FDJ in einem Schreiben mit, sie sehe sich gezwungen, die bereits angenommene Einladung zurückzuweisen, da sich „polnische Jungkommunisten nicht in Diskussionen ziehen lassen möchten, wie sie der Genosse Ulbricht gegenwärtig über Polen

führe“. Andere junge polnische Journalisten sprachen in Westberlin und der Bundesrepublik während einer Studienreise mit großer Erbitterung über die überhebliche und schulmeisterliche Behandlung, die ihnen bei Empfängen in der deutschen Sowjetzone zugefügt worden sei. Einer dieser jungen Menschen sprach vernünftige und um Verständnis ringende Worte über den Sender „Freies Berlin“.

## Wie in Jugoslawien

Nimmt man die Konsequenzen einer solchen Entwicklung — und es ist eine Entwicklung zur Verschärfung hin —, liegt das Beispiel Jugoslawien auf der Hand. Wie in Jugoslawien begann es auch in Polen. Mit dem ersten Augenblick einer Unabhängigkeitsbewegung von Sowjetrußland wurden sowohl die Jugoslawen als auch die Polen mit wütenden Angriffen aus der Sowjetzonenpartei be-

# Truppenvertrag verstärkte Mißtrauen

Was aber folgt daraus? Die Polen sähen heute lieber ein wiedervereinigtes Deutschland unter einer Regierung, mit der man vernünftige Sicherheitsverträge schließen und notfalls auch andere Dinge regeln kann, als eine starke „Deutsche Demokratische Republik“. Der Pankower Truppenvertrag hat das Mißtrauen gegen das Zonenregime verstärkt. Die einfachen polnischen Menschen fürchten heute keine westdeutschen oder NATO-Divisionen, sondern die Truppen der „Nationalen Volksarmee“, die eines Tages eventuell gemeinsam mit der Sowjetarmee die Oder überschreiten könnten, um — wie in Ungarn — „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen.

Wer jetzt Teilnehmer kommunistischer Konferenzen und Veranstaltungen internationaleren

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

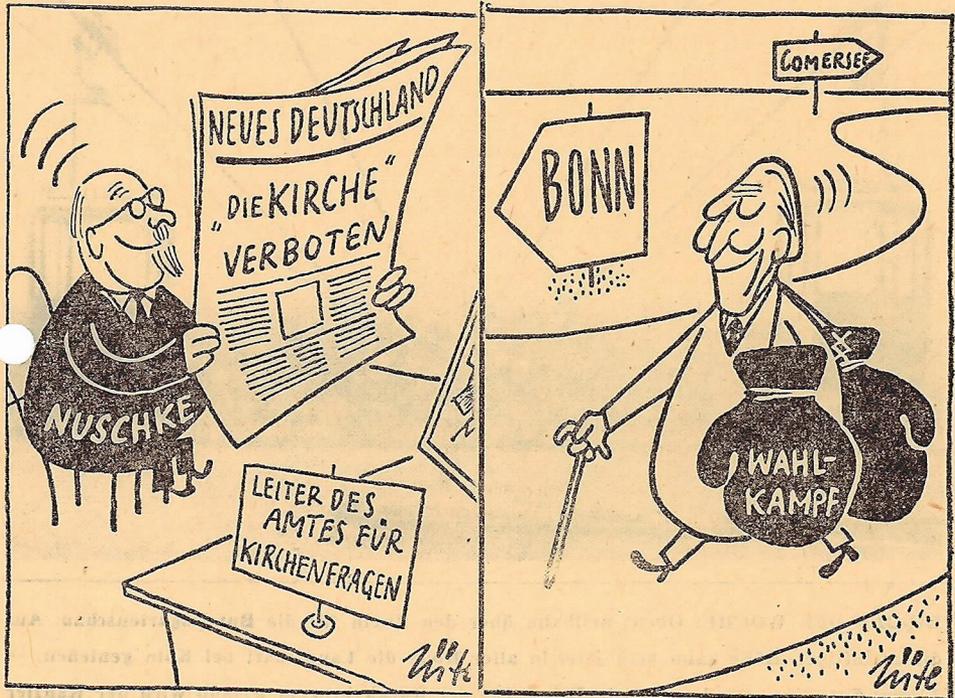
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

dacht. Die SED gebärdete sich zeitweilig stalinistischer als Stalin selbst. Mit Tito lebte sie noch in Feindschaft, als dieser bereits in Moskau Triumphe feierte, und sie hat ihm bis heute nicht den Mut zur eigenen Meinung verziehen.

Charakters ist, wird leicht feststellen können, daß die polnischen Genossen dabei immer rarer und immer schweigsamer werden. Sie haben Grund genug, der SED allmählich Rücken zu kehren. Und im gleichen Atemzug kehrt auch in Polen die Besinnung ein: Nur ein wiedervereinigtes Deutschland bietet auf die Dauer jene Garantien, die Polen verständlicherweise in der Hand haben möchte, um in Frieden zu arbeiten und zu leben ...

## US-Atomreaktor für Deutschland

Washington (DPA). Die US-Atomenergie-Kommission hat die Lizenz für den Export eines Atomforschungs-Reaktors in die Bundesrepublik erteilt. Der 1000-Kilowatt-Reaktor soll in München aufgestellt werden.



„... der Rest ist Schweigen!“

Gut in Form

## Das Abkommen in Ostberlin

DT. Was die Stationierung der Sowjettruppen in der Zone bedeutet, bedarf nicht erst eines offiziellen Kommuniqués mit den üblichen Behauptungen von beabsichtigten Aggressionen des östlichen Imperialismus. Die Zonenmachthaber sind in einer schwierigen Situation. Sie sind stets ängstlich um Schutz bemüht, mit dem Verbleiben der Sowjettruppen ehrlich zufrieden, doch andererseits paßt das schlecht in ihre lockende Neutralisierungspolitik und in ihr Selbstbewußtsein, mit der eigenen Volksarmee die „Arbeiter- und Bauernmacht“ wirksam schützen zu können.

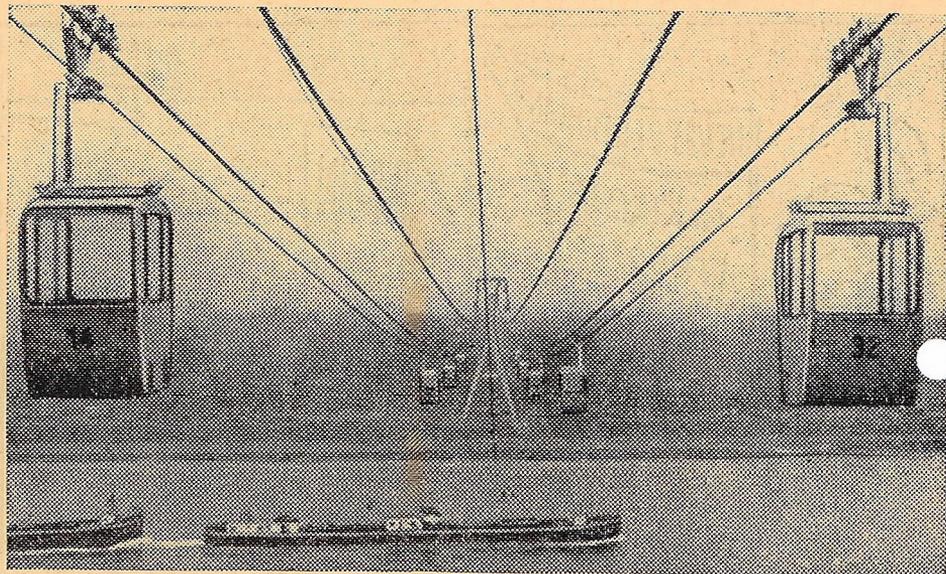
Gromyko und Schukow kamen nach Ostberlin, um nicht nur der Zone, sondern dem ganzen Ostblock klarzumachen, wer die tatsächliche Macht an der äußersten Westgrenze des kommunistischen Bereichs ausübt. Diese unübersehbare Demon-

stration richtet sich zunächst gegen Polen, Gleichzeitig jedoch engagiert sich Moskau in der angeblich souveränen Zone und gibt damit unübersehbar zumindest auch eine hohe Mitverantwortung zu erkennen, die es in diesem Mitteldeutschland, diesem Standortgebiet seiner Truppen, trägt. Die Funktionäre in Pankow fühlen, wie sie dadurch in den Hintergrund gedrängt werden und wie wenig dieses Truppenabkommen zu ihrer Anerkennung beiträgt. Was als „Realität“ anerkannt werden muß, ist die militärisch unterbaute Gewalt Moskaus in der Zone. Und von hier aus läßt sich auch keinerlei Parallele zu den westdeutschen Verhältnissen ziehen, wo die Truppen der verschiedensten verbündeten Länder stehen, nicht aber nur die einer einzigen Vor-Macht, die militärisch wie politisch und sogar ideologisch den Führungs-

anspruch erhebt, den man auch immer in Pankow devot befriedigt. Es fiel auf, daß sowohl Schukow und Gromyko als vor allem auch Ulbricht, Grotewohl und Stoph gestern keine allzu freundlichen Gesichter machten. Sie wußten warum.

## Brentano in Australien

Canberra (AP/DPA). Bundesaußenminister von Brentano hat in Canberra seine Besprechungen mit australischen Ministern über gemeinsame Fragen der Bundesrepublik und Australiens begonnen. Er sprach zunächst mit Ministerpräsident Menzies und Außenminister Casey über Fragen der Wiedervereinigung und weltpolitische Probleme, dann mit Handelsminister McEwen über Handels- und Einwanderungsfragen und Probleme des geplanten Gemeinsamen Marktes für Europa. Er wies dabei die australischen Bedenken zurück, daß der europäische Markt zu einer europäischen Autarkie führen könnte.



**BILDER DER WOCHE:** Oben: Seilbahn über den Rhein für die Bundesgartenschau. Aus dieser luftigen Höhe kann man jetzt in aller Ruhe die Landschaft bei Köln genießen. — Unten: Freudiges Wiedersehen in Bonn: Bei der Rückkehr vom Urlaub wird der Kanzler von seiner Enkelin Monika stürmisch begrüßt.

